

FPÖ/Gradauer/Budget/Schuldenbremse/Budgetbegleitgesetz

FPÖ-Gradauer: Budgetbegleitgesetz widerspiegelt den Stillstand der Bundesregierung

Utl.: Schuldenbremse ja, aber FPÖ fordert "unser Geld für unsere Leut!"

Wien (OTS) - Als erfreulich bezeichnete heute der freiheitliche Budgetsprecher NAbg. Alois Gradauer die späte Einsicht der Regierungsparteien und deren Ansinnen mit einer Schuldenbremse die jährlichen Defizite zu verringern. "Das hätten SPÖ und ÖVP ohne Stress auch früher haben können, wenn sie vor einem Jahr unserem Antrag auf Einführung einer strukturellen Schuldenbremse zugestimmt hätten. Offensichtlich muss Österreich erst der Verlust des Triple-A drohen, damit diese Regierung anfängt umzudenken. Die FPÖ hatte wieder einmal recht. Mit uns kann man reden, jedoch unter dem Grundsatz "unser Geld für unsere Leut!". Es dürfen keine Gehr in den Euro-Rettungsschirm gepumpt werden", fordert Gradauer.

Allerdings könne eine Schuldenbremse kein Wunderding sein. "Mit einer Schuldenbremse alleine die Staatsschulden bis 2020 auf 60 Prozent des BIP zu drücken ist Utopie. Das hieße, ab 2013 den beschlossenen Budgetpfad zu verlassen und jährlich mindestens 10 Mrd. Euro Überschuss zu erzielen. "Das ist unmöglich und zeigt wie wenig Wirtschaftskompetenz Faymann und Spindelegger besitzen", so der freiheitliche Budgetsprecher.

Das vorliegende Budgetbegleitgesetz widerspiegelt den Stillstand der Rot-Schwarzen Regierung. Neben Anpassungen an Rechtsvorschriften der EU und Formalfehlerberichtigungen ist lediglich die Rückführung der Kühlgeräteentsorgungsbeiträge in das Budget von Bedeutung. Staatssekretär Ostermayer begründet die bescheidenen Budgetbegleitgesetze damit, dass ab 2011 die Loipersdorfer Beschlüsse wirksam sind und deshalb 2012 fast nichts passiert", so Gradauer. Diese sogenannten Loipersdorfer Beschlüsse hätten der Bevölkerung ein Belastungspaket von über zwei Mrd. Euro beschert. Diese Mittel seien erst den Österreichern abgepresst und sogleich nach Griechenland überwiesen worden, führt Gradauer weiter aus.

"Der derzeitige Schuldenstand von 268 Mrd. Euro, 130 Mrd. Euro Haftungen und jährlichen Zinszahlungen von acht Milliarden Euro zeigt den Ernst der Lage und sollte die Regierung endlich wach rütteln. Trotzdem gibt es nicht einmal Ansätze für Reformen bei Staatsstrukturen und Verwaltung. Notwendige Reformen werden nach wie vor auf die lange Bank geschoben, obwohl Rechnungshof, IHS, WIFO und OECD mehrfach aufgezeigt und vorgerechnet haben, wo die Milliarden eingespart werden könnten, die für die Konsolidierung des Budgets fehlen. Es gäbe viel zu tun, aber diese Regierung ist in Untätigkeit erstarrt", so Gradauer abschließend.

Rückfragehinweis:

~

Freiheitlicher Parlamentsklub
Tel.: 01/ 40 110 - 7012
<mailto:presse-parlamentsklub@fpoe.at>

<http://www.fpoe-parlamentsklub.at>
<http://www.fpoe.at>

~

Digitale Pressemappe: <http://www.ots.at/pressemappe/4468/aom>

*** OTS-ORIGINALTEXT PRESSEAUSENDUNG UNTER AUSSCHLIESSLICHER INHALTLICHER VERANTWORTUNG DES AUSENDERS - WWW.OTS.AT ***

OTS0193 2011-11-15/12:26

151226 Nov 11

© Copyright APA OTS GmbH und der jeweilige Aussender.

Die Inhalte dienen ausschließlich zur redaktionellen Verwendung und zur individuellen Information des Nutzers. Eine unveränderte Verwendung der Texte, Bilder, Grafiken, Audios und Videos auf einer nicht durch APA OTS autorisierten Homepage ist ebenso wie eine

Speicherung in Datenbanken oder eine sonstige Weitergabe an Dritte nicht gestattet.
Ebenso sind Direktlinks auf Meldungsaufrufe untersagt. Für den Fall, dass Sie die Inhalte weitergeben, speichern oder gewerblich nutzen möchten, wenden Sie sich bitte an:
Tel. ++43-1/36060-5300 oder an info@ots.at